

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M., vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Nachen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Danne, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. J. A. Barck & Co., Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Meiner, Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 30. November. Nach dem Entwurf des Reichshaushaltsetats pro 1894-95 sind an Materialumlagen insgesamt 419 692 544 (+ 39 528 399) Mark nötig. Davon entfallen auf Preußen; 224 093 981 Mark (+ 22,3 Millionen) auf Bayern; 28 987 201 Mark (+ 1,7 Millionen) auf Sachsen; 18 974 360 Mark (+ 2,4 Millionen) auf Württemberg; 14 845 188 Mark (+ 1,4 Millionen) auf Baden; 8 218 758 Mark auf Hessen; 4 786 985 Mark auf Mecklenburg-Schwerin; 2 699 112 Mark auf Sachsen-Weimar; 810 969 Mark auf Mecklenburg-Strelitz; 2 938 135 Mark auf Oldenburg; 3 342 151 Mark auf Braunschweig; 1 852 639 Mark auf Sachsen-Meinungen; 1 414 281 Mark auf Sachsen-Altenburg; 1 709 346 Mark auf Sachsen-Koburg und Gotha; 2 251 127 Mark auf Anhalt; 625 005 Mark auf Schwarzburg-Sondershausen; 710 699 Mark auf Schwarzburg-Rudolstadt; 474 120 Mark auf Waldeck; 519 440 Mark auf Nassau; 991 711 Mark auf Nassau; 3, 324 160 Mark auf Schaumburg-Lippe; 1 063 577 Mark auf Lippe; 633 097 Mark auf Lippe; 1 493 581 Mark auf Bremen; 5 133 033 Mark (+ 13 375) auf Hamburg, und 14 399 878 Mark (+ 1,5 Millionen) auf Elbisch-Verbringen.

Von Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich ist dem hiesigen Magistrat folgendes Schreiben zugegangen:

Indem Ich dem Magistrat für die freundliche Theilnahme und Anhänglichkeit danke, welche seine Zufahrt zu meinem Geburtstage Mir und Meiner Familie aufs neue bewies, gereicht es Mir zu lebhafter Befriedigung, auch bei dieser Veranlassung den aufrichtigen Wünschen Ausdruck geben zu können, welche Ich für das Wohl der Hauptstadt und ihrer Bewohner hege.

Frankfurt a. M., den 26. November 1893.

gez. Victoria,

verwitwete Kaiserin und Königin Friedrich.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht wieder einmal ein „eigenhändiges“ Altentwurf, das der preussische Minister des Innern, Herr Graf von Eulenbourg, am 29. Juli d. J. an sämtliche Regierungspräsidenten gerichtet hat und worin er zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auffordert. Man wird im Lande dem Herrn Minister Dank wissen, daß er sich bemüht zeigt, insbesondere das Vordringen der Sozialdemokratie auf dem flachen Lande zu erschweren. Mit Recht heißt es aber in dem Altentwurf: „Mit den staatlichen Mitteln allein, deren Anwendung überdies vielfach gesetzlich beschränkt ist, läßt sich die Sozialdemokratie mit Erfolg nicht bekämpfen“. Der Minister empfiehlt dazu, „das Zusammenwirken und die andauernde planmäßige Thätigkeit der Wohlfühlenden aus allen Kreisen der Bevölkerung“. Volksgenossen einzuwirken! Da aber die bürgerliche Demokratie schon bei den letzten Reichstagsdebatten gezeigt hat, daß sie mit der Sozialdemokratie Hand in Hand arbeitet, so ist eine wirksame Bekämpfung der letzteren nur möglich, wenn der Staat ebenso sehr bekämpft wird wie die Sozialdemokratie selbst. Ferner ist es — um die beiden Schwereparteien mit Erfolg zu bekämpfen — notwendig, das religiöse und das Reichthumsgefühl der Bevölkerung zu stärken, also den konventionellen Anregungen auf diesem Gebiete williger und beschleunigter als bisher Folge zu geben. Die Verschlechterung der materiellen Verhältnisse auf dem Lande und in den Kreisen des gewerblichen Mittelstandes — endlich und der immer mehr überhand nehmende Zweifel jener Kreise darüber, ob die Regierung auch wirklich Ernst zu machen beabsichtigt, um den notwendigen Wandel zu schaffen, ist für die sozialdemokratische Propaganda leider nur zu günstig. Hier also gilt es ebenfalls, der Agitation der destruktiven Elemente den „Wind aus den Segeln zu nehmen“.

Am 4. Dezember trifft der Abtheilungschef im französischen Kolonialministerium, Dautmann, begleitet von dem Afrikareisenden Kommandant Montell in Berlin ein, um mit dem Direktor der Kolonial-Abtheilung des auswärtigen Amtes, Virchow, Geh. Legationsrath Dr. Kayser, die Verhandlungen über die deutsch-französische Grenze im Kameragebiet wieder aufzunehmen und fortzuführen, die letztere Erinnerung im Jahre 1890 abgeschlossen worden sind. Herrn Kayser wird der bekannte Geograph Prof. Frhr. v. Danneberg beigegeben sein. In den französischen Zeitungen wird der Wunsch ausgesprochen, daß diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen möchten. Wir können uns diesem Wunsch nur anschließen. Es früher es gelingt, entsprechend dem Abkommen über die deutsch-englische Grenze auch die deutsch-französische Grenze des Hinterlandes von Kamerun in unzweifelhafter Umschreibung festzulegen, um so leichter wird den zivilisatorischen und kolonialen Aufgaben in jenen reichen und entwicklungsfähigen Gegenden der Boden geboten werden. Als selbstverständliche Voraussetzung für einen beiderseits befriedigenden Ausgang dieser Verhandlungen muß von vornherein gelten, daß von französischer Seite kein Versuch gemacht werde, das deutsch-französische Grenzabkommen vom Jahre 1885 in irgend einer Weise zu ändern. Dieses Abkommen giebt unzweifelhaft und klare Linien, die einer verschieblichen Auslegung nicht unterworfen werden können. Ein späteres Abweichen von ihnen kann Deutschland unter keinen Umständen dulden; es wäre ein Rückschritt, den mit unsern kolonialen Interessen auch das ganze deutsche Volk als solchen empfinden und mit Entschiedenheit zurückweisen würde.

Zu den Attentatsversuchen liegt jetzt das der Polizei eingereichte Gutachten des hiesigen Polizeikommissars Dr. (Zandstraße 50) vor, das den Versuch anders schilderte, als er nach der anfänglichen Schätzung erschien. Darnach war der Versuch, auf dem das Hinderniß lag, nabeilich angestrichelt. Da seiner der Explosivstoff, mit dem das Hinderniß gefüllt war, dem ähnlich zu sein scheint, den die frühere Hindernispatrone hatte, so dürfte doch der durch die Gummischürze zurückgeschleuderte Pulver aus Entzündung des Pulvers ausgeht haben. Ferner steht jetzt fest, daß das Pulver, das frei im Kasten lag, mit Nitroglycerin gemischt war. Major Schöber hat bereits eine dabingehende Befragung ausgesprochen, weil das von ihm in dem Aufbecker entzündete Pulver eine bedeutende Stichflamme ergeben hatte. Bezüglich der Gefahrmittelung des Käftchens ist namentlich mit Sicherheit anzunehmen, daß sie nicht bloß ausgerichtet hätte, den Definer des Pakets zu zerstören, sondern auch noch Schaden an der Gebäude zu verursachen. Interessant ist, wie Herr Dr. Köhler das Käftchen geöffnet hat. Er hat es,

nachdem es etwa 18 Stunden im Wasser gelegen hatte, zwischen eine Kopirpresse eingeklemmt, eine Schür daran befestigt und mittelst dieser vom Nachbargarten aus den Deckel langsam abgeklöst.

Der Kaiser hat sich dem Sonntag erfolgten Eintreffen der Höllemaschine im Zivilkabinett erst am Dienstag Morgen, als er sich zur Jagd in Neugattersleben befand, durch den Chef des Zivilkabinetts, Geheimrath von Lannus, erhalten. Dem Reichskanzler oder dem Auswärtigen Amt war bis dahin eine bezügliche Nachricht des Zivilkabinetts nicht zugegangen.

Das Befinden des Königs von Sachsen hat sich dem „Dressd. Journ.“ zufolge soweit gebessert, daß er voraussichtlich in den nächsten Tagen vollkommen hergestellt sein wird.

Am Mittwoch, 29. d. Mts., traten im Generalversammlungssaale der hiesigen Börse die von den Vertretern der Berliner Kaufmannschaft zu einer Besprechung über den Reichswirtschafts-Gesetzentwurf berufenen Delegirten norddeutscher Handelskammern zusammen. Die Versammlung, in der die angeordneten Handelskammern, zum Theil durch ihre Präsidenten, vertreten waren, wurde namens des Reichstags-Kollegiums durch dessen Präsidenten, Herrn Geheimen Kommerzienrath Frenkel, mit einer Ansprache begrüßt, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Nach Wahl der Vorstehenden und Schriftführer wurde nach eingehender sachlicher Debatte, an der sich Herr Kommerzienrath Retter, Delegirter des Berliner Reichstags-Kollegiums, als Referent, Herr Dr. Julius Moll, Delegirter der Breslauer Handelskammer als Korreferent, sowie die Herren D. Patow-Hamburg, Kommerzienrath Waechter-Stettin, Hermann Segnis-Bremen, Präsident Kaufmann-Hamburg und Präsident Lange-Albert beihiligten, folgende Resolution einstimmig gefaßt: Die am 29. November 1893 zu Berlin versammelten Delegirten norddeutscher Handelskammern sprechen sich über die Grundsätze des Gesetzesentwurfs betreffend die Einführung einer Reichswirtschaftssteuer dahin aus: 1. Die vorgeschlagene Form der Besteuerung, die künstlich geschaffenen Unterschiebe zwischen Groß- und Kleinhandel, die Berechnung der Steuer nach dem Werthe des Weines und besonders die überaus lästigen und verlegenden Kontrollmaßregeln schädigen den Handel und die Produktion auf das empfindlichste. 2. Der Ertrag dieser Steuer wird ungewiss und erheblich hinter den Vorschlägen zurückbleiben und steht in keinem Verhältniß zu den enormen Erhebungskosten, und beauftragen eine Kommission, bei dem Herrn Reichskanzler und dem hohen Reichstage in eingehender Begründung dahin vorstellig zu werden, daß von der geplanten Reichswirtschaftssteuer Abstand genommen werde. In diese Kommission wurden gewählt: Kommerzienrath Retter für Berlin, Dr. Julius Moll für Breslau, Otto Patow für Hamburg, Hermann Segnis für Bremen, Kommerzienrath Waechter für Stettin.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kommt in einer offiziellen Rundgebung auf die Stellung des Reichskanzlers zur konservativen Partei zurück und betont nochmals den Unterschied zwischen konservativ und dem, was heute dafür gilt. Schon im Reichstage sei es regierungsfest betont worden, daß es durchaus nicht eine Abgabe an die konservative Partei bedeute, wenn man sie vor der Gefahr warne, in welche sie durch die demagogische Manier der Prebargane des Bundes der Landwirthe verstrickt zu werden drohe. Nicht als konservative bekämpfte die Führer des Bundes der Landwirthe, sondern weil sie das Gegenteil von dem thuen, was konservativ ist. Konservativ wäre es, alle staatsverhätlichen Elemente zu sammeln und sie einzeln. Der Bund der Landwirthe aber und die, welche mit ihm sind, schienen kein höheres Ziel zu kennen, als diese Elemente auseinander zu treiben, wobei natürlich nur die Demokratie und die Antikonservativen gewinnen könnten.

Für die Zusammenfassung der von jetzt ab zu wählenden Kommissionen des Reichstages, insbesondere für die Kommission zur Beratung der Stenervorlagen ist eine Verständigung dahin getroffen, daß die Elbisch-Verbringen mit dem Zentrum, die freireinige Volkspartei und die süddeutsche Volkspartei mit der freireinigen Vereinigung zusammengeordnet werden, damit die Kommissionen eine dem Plenum des Reichstages möglichst entsprechende Zusammensetzung erhalten. Unberücksichtigt bleiben nur sieben Fraktionen angehörige Mitglieder und die deutsche Reformpartei mit zwölf Mitgliedern. Von den übrigen 378 Mitgliedern fallen hundert auf die beiden konservativen Fraktionen, 112 auf das Zentrum und die Elbisch-Verbringen, 19 auf die Polen, 54 auf die Nationalliberalen, 49 auf die freireinige Vereinigung, deutschfreinige Volkspartei und die süddeutsche Volkspartei und 44 auf die Sozialdemokraten. Demnach haben freireinige und süddeutsche Volkspartei und freireinige Vereinigung Anspruch auf Vertretung in einer Kommission von 7 Mitgliedern durch 1, von 14 Mitgliedern durch 2, von 21 Mitgliedern durch 3 und von 28 Mitgliedern durch 4 Mitglieder. Darnach würde beispielsweise die Kommission für die Stenergefährte bestehen aus 8 Konservativen, 8 Zentrum, 1 Polen, 4 Nationalliberalen, 4 Freireinigen und 3 Sozialdemokraten.

Das erste Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen führt 151 Petitionen zu dem Entwurf eines Tabaksteuergesetzes und 128 Petitionen zu dem Weinsteuergesetzentwurf auf.

Köln, 29. November. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Essen, daß am kommenden Sonntag eine öffentliche Versammlung der Bergarbeiter stattfindet, auf deren Tagesordnung die Lohnfrage, sowie die Streit- und die Knappschaffsfrage stehen.

Köln, 29. November. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, ist der Dampfer „Colonia“ auf der Fahrt von London nach Köln in vergangener Nacht in der Nordsee in Folge Zusammenstoßes gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

Bonn, 28. November. Die Nachricht, daß der hiesige Kultus- und Unterrichtsminister der Wahl des Professors Dr. Langen in Bonn zum Mitgliede der Akademie der Wissenschaften in München die Befähigung verfaßt hat, fordert das höchste Urtheil heraus — immer die freilich kaum zu bezweifelnde Mithigkeit der Thatfache vorausgesetzt. Professor Langen ist zweifelsohne einer der bedeutendsten lebenden Kirchengeschichtler, unter den katholischen vielleicht der bedeutendste. Daß er nicht ultramontan, sondern altkatholisch ist, kann doch unmöglich ins Gewicht fallen bei

einer Akademie, deren letzter Präsident Döllinger war, deren jetziger, Pettenhofer, von Anfang an Mitglied der altkatholischen Gemeinde in München war, die weiter unter ihren ordentlichen Mitgliedern verschiedene Altkatholiken zählt. Wie sich die Zeiten ändern! Als der große Rechtslehrer Karl Friedrich Eichhorn durch ein Schreiben Eshelinge, des damaligen Präsidenten der Akademie, vom 23. August 1839 über seine Wahl benachrichtigt wurde, lehnte er ab, weil er eine Wahl von Seiten wie Phillips und Görres nach deren öffentlichem Auftreten nicht annehmen und mit ihnen nicht zusammen sitzen konnte. Nachdem ihm Eshelling dann am 15. September mitgetheilt hatte, daß Görres gar nicht Mitglied sei, daß Phillips dazu gewählt worden, als er von Berlin nach München gekommen, wo man von seiner Gesinnung keine Ahnung gehabt, daß dieser sich aber entfernt und also an Eichhorns Wahl keinen Theil habe, daß Görres, als Phillips ihn vorgeschlagen habe, beinahe einstimmig ausgesprochen worden, daß er, Eichhorn, aber einstimmig gewählt worden sei — da nahm Eichhorn an. (Die Schreiben nach dem Originalen abgedruckt in „Karl Friedrich Eichhorn. Sein Leben und Wirken“ beschrieben von J. Friedr. v. Schulte. Stuttgart 1884 S. 226 ff.) Und heute soll einer ausgesprochen werden, weil er den Ultramontanen nicht recht ist! Das wird einer Akademie geboten, die im vorigen Jahrhundert eine Reihe gewaltiger Vorkämpfer gegen die römischen Anmaßungen zu Mitgliedern hatte, z. B. Peter v. Ofterwalb, der Direktor der philosophischen Klasse war; einer Akademie, an der Eshelling, Baader als Philosophen, Giesebrecht, Döllinger, Baader als Historiker, Viebig u. A. gegläut haben. Wenn die jetzigen ordentlichen Mitglieder in der Gesamtheit oder Mehrheit den Kopf auf dem rechten Fleck haben, müssen sie Herrn Müller auffordern, ihre Wahl sofort zu bestätigen, geschieht das nicht, austreten. Das letztere darf sicher, wenn die Befähigung nicht erfolgt, von den auswärtigen Mitgliedern erwartet werden; denn welche Ehre soll es in Zukunft sein, von einer Akademie erwählt zu werden, deren Mitgliedschaft abhängig gemacht wird — nicht von wissenschaftlicher Bedeutung, sondern von ministerieller, rein politisch-konfessioneller Gesinnungstheiligkeit? (Köln. Ztg.)

Bremen, 29. November. Die Rettungsstation Vangoos-West meldet: Am 29. November von dem hier gestrandeten Bremer Volschiff „Deron“, Kapitän Wilms, 15 Personen durch das Rettungsboot „Reichspost“ der Station gerettet.

Kiel, 29. November. Der Kaiser hat während seiner letzten Anwesenheit hier selbst und gelegentlich der Probefahrt des neuen Panzerkreuzers „Brandenburg“ einen Berliner Momentphotographen hierhin befohlen, um verschiedene Aufnahmen von dem Schiffe machen zu lassen, die dem Monarchen jetzt überreicht sind, und welche dieser seinem Marinealbum einverleibt hat. Eine Aufnahme giebt eine Totalansicht des in Kieler Hafen verankerten Schiffes; auf einer zweiten ist der Momentphotograph, in welchem die von der Provinz Brandenburg gewidmete Toppflagge mit dem kurbrandenburgischen Adler unter dem Himmels der gesamten Schiffsbesatzung und dem Salut der Schiffe in die Höhe steigt. Höchst interessant ist eine dritte Aufnahme, welche den Kaiser mit seiner Umgebung auf dem Deck der „Brandenburg“ dem Besucher präsentiert. In der Mitte der Gruppe steht der Kaiser im zugehörigen Marinepalest, das Haupt mit der Admiralsmütze bedeckt; ihm zu beiden Seiten bemerkt man den Reichstagspräsidenten und Landesdirektor, Virchow, Geh. Rath v. Levetzow, in der Garde-Landwehr-Infanterie-Uniform, den Grafen von Wilmowitz-Möllendorf, Vorgesetzten des Provinzialausschusses von Brandenburg, in der Uniform des 15. Infanterie-Regiments, den Provinzial-Landtagsabgeordneten Freiherrn von Mantuffel in dem Atilla der Merseburger Dursaren und den Bauernkreuzbesitzer Behmann-Laubitz im langen schwarzen Rock und hohem Zylinder. Hinter dieser Gruppe sind Prinz Heinrich, der Admiral Frhr. v. d. Goltz, Vize-Admiral Hollmann, die kaiserlichen Adjutanten und eine Anzahl Marineoffiziere sichtbar.

Kiel, 29. November. Zu den letzten größten Kreuztügen in diesem Jahre sind sämtliche Schiffe der Wandrafflotte, soweit sie sich im Kieler Hafen befanden, aufgezogen. Die zu der ersten Division gehörenden Panzer des Geschwaders, die Schiffe „Vater“, „Bären“, „Wütemberg“ und „Sachsen“ werden bis gegen Mitte Dezember in der Nisse freizehen, hier die Häfen von Swinemünde, Neufahrwasser, Pillan und Memel anlaufen, dann sich aber wieder im Kieler Hafen einfinden, um erst im kommenden Jahre abermals in See zu gehen. Ebenso sind von Kiel aus die zu der zweiten Division gehörenden Schiffe „Friedrich der Große“ und „König Wilhelm“ zu ihrer letzten Fahrt in der diesjährigen Lieblingsperiode in See gegangen, um nach Wilhelmshafen zu dampfen. Dasselbe gilt von dem Artilleriegeschulsschiff für Schnellablenkungen „Carola“, das sich seit dem Frühjahr in der Nisse aufgehalten hat. Ebenso wird das neue Panzerkreuzer erster Klasse „Brandenburg“, nachdem es seine letzte Ausrüstung in Kiel vervollständigt und seine kleineren Liebschaften beendet hat, nach Wilhelmshafen übergeführt werden, um hier in den Verband der zweiten Division der Wandrafflotte zu treten. Das Schwerkreuzer „Brandenburg“, die „Wörth“, wird, soweit bis jetzt verlautet, in dem kommenden Sommer noch nicht an den Liebschaften der Flotte theilnehmen, vielmehr nur zu Einzelfahrten in Dienst gestellt werden. — Die silberverzierte Station, auf der bis jetzt nur ein detachirtes Schiff des aufgelösten Kreuzergeschwaders stationirt war, wird mit dem kommenden Jahre auch mit einem Kreuzer der Flotten-Klasse besetzt werden, so daß sich von diesem Zeitpunkt an auf jeder auswärtigen Station ein Schiff dieses Typs befinden wird.

Flensburg, 29. November. Eine weitere Entsendung der Mole ist nicht eingetreten. Die hiesige Handelskammer stellt fest, daß die gestrige Entsendung nur eine kurze Strecke des Quais für kleine Schiffe betraf. Der Schaden kann als ein beträchtlicher nicht bezeichnet werden.

Österreich-Ungarn.

Wien, 29. November. Der Ausnahmemaßsahs genehmigte mit 12 gegen 6 Stimmen die Ausnahmeverordnung für Prag und Umgebung. Dagegen stimmten 3 Czechen, 2 Südböhmen und 1 Deutschösterreicher.

Niederlande.

Amsterdam, 24. November. Von verschiedenen Seiten erheben sich wieder Stimmen für die Wiedereinführung der vor 24 Jahren abgeschafften Todesstrafe. In vorberster Reihe stehen bei diesem Bestreben Dringende und Katholiken, aber auch tüchtige Juristen, welche die Frage jedenfalls nicht vom politischen oder religiösen Standpunkt aus betrachten, schliehen sich der Forderung rückhaltlos an. Sicher würde eine Verschärfung der Strafbestimmungen für die Verbrechen gegen das Leben des Nebenmenschen bei der öffentlichen Meinung auf Beifall zu rechnen haben. Sollten einmal die hiesigen Anarchisten nach dem Beispiel ihrer spanischen Kollegen praktisch an die Arbeit gehen, dann dürfte auch das Wort eines der früheren Justizminister, daß die bestehende Strafgegebung genüge, um den Ausschreitungen der Sozialdemokratie wirksam zu begegnen, kaum mehr seine Gültigkeit behalten.

Belgien.

Brüssel, 29. November. Die belgische Antimafferei-Gesellschaft empfing Nachrichten von der Expedition des Kapitän Descamps, welcher in einem Schreiben vom 2. September mittheilt, daß er auf seiner Reise von Wuenzo nach Karongo mit dem Major von Wissmann zusammengetraf, welcher mit vier Begleitern vom Tanganika kam und mit ihm bis Karongo reiste. Major von Wissmann befand sich vollkommen wohl.

Frankreich.

Paris, 29. November. Spuller, der ehemalige Unterrichtsminister im Kabinett Rouvier und Minister des Aeußeren im Kabinett Tirard, erhielt von Carnot den Auftrag, das Kabinett zu bilden, beschloß aber die Annahme des Auftrages so lange aufzuschieben, bis er Rücksprache mit seinen Freunden genommen habe. Das Kabinett der neuen Regierung würde nach gewissen Gerüchten Spuller, Raynal und Burdeau sein, und das Portefeuille des Aeußeren entweder Spuller oder der ehemalige Gesandte in Petersburg, Laboulaye, erhalten. Burdeau übernehme dann die Finanzen und Raynal das Innere. Felix Faure, Cavaignac, Bertelot und Etienne wären für die übrigen Portefeuilles in Aussicht genommen. Spullers Entscheidung wird für heute Abend erwartet.

Paris, 29. November. In einem Artikel des „Figaro“, der über die Attentatsversuche in Berlin handelt, wird erklärt, es fände sich gewiß kein einziger Franzose, der die so niederträchtige und feige That billigen würde. Der Verdacht, daß ein Franzose der Urheber des Attentats sei, wird zurückgewiesen. Man beginne wieder, im Auslande glauben machen zu wollen, daß die Franzosen die Welt bedrohten, man versuche neue Prekmittel aus den Zaren (?). Der Artikel weist auf die letzte Rede Debats hin, welche deutschseits genau beachtet werden möge, ehe man von einem französischen Komplott spreche.

Paris, 29. November. Spuller hatte heute Nachmittag mit mehreren politischen Persönlichkeiten Besprechungen, insbesondere mit Burdeau, Raynal und Etienne.

Marseille, 29. November. Bei einer in der Wohnung eines verdächtigen Individuums vorgenommenen Durchsuchung wurde ein 20 Meter langer unterirdischer Gang entdeckt, in welchem die Polizei Pulver und zur Bereitung von Dynamit dienende Mineralien, ferner Tüben und Blechbüchsen vorfand. Drei Personen wurden verhaftet.

Italien.

Zanarbelli hat zwar die Mission, ein neues italienisches Kabinett zu bilden, übernommen, — aber es scheint, daß die Zusammenfügung eines Ministeriums unter den gegenwärtigen Verhältnissen kein so leichtes Stück Arbeit ist. Freilich an Ministerkandidaten fehlt es nicht — aber die Eifersüchteleien zwischen den einzelnen Parteien, auf die sich Zanarbelli stützen könnte, sind so groß, daß der Kandidat der einen Fraktion immer den Kandidaten der anderen Fraktion auszuschießen scheint. Zanarbelli, der jetzt zum ersten Male berufen ist, als Kabinetschef zu fungieren, ist jedoch weiß. Wie man weiß, ist er im Jahre 1829 zu Brescia geboren. Er widmete sich dem Rechtsstudium, unterbrach aber dasselbe im Jahre 1848, um sich unter die Freiheitskämpfer einzureihen. Nach der Niederlage Karl Alberts bei Novara lehrte er in seine Vaterstadt zurück, beschäftigte sich weiter mit juristischen Studien und schrieb politische und volkswirtschaftliche Artikel namentlich für das Mailänder „Gepensculo“. Der österreichische Kommandant in Brescia hatte ihn besonders auf Korn genommen und erschwerte ihm sogar den Erwerb seines Unterhalts auf jede Weise. Das Jahr 1859 eröffnete Zanarbelli den Zugang zu einer glänzenden politischen und forenlichen Laufbahn. Kaum war die Lombardei von Oesterreich losgelöst, so wählte ihn der Wahlkreis Gardone in die Deputirtenkammer zu Turin. Seitdem hat Zanarbelli ununterbrochen dem nationalen Parlament angehört, in welchem er bis 1882 den Wahlkreis von Iseo vertrat, mit dem Gardone vereinigt worden war. Nach Einführung der Kistenwahl wurde er Vertreter des ersten Wahlkreises von Brescia. Er zählt zu den hervorragendsten und geachteten Mitgliedern der Linken. Im Jahre 1860 betheiligte er sich gemeinsam mit Finzi an jener Expedition nach Neapel, welche den kühnen Völkergang Garibaldi vorbereitete. Im Jahre 1861 ernannte der Ministerpräsident Nicotri ihn zum künftigen Kommissar in Belluno, wo er sich in jeder Hinsicht trefflich bewährte. Als im März 1876 die erste zur Macht gelangte, trat Zanarbelli als Minister der öffentlichen Arbeiten in das Kabinett ein. Im November 1877 trat er in Folge von Zerwürfnissen mit seinen Kollegen zurück, hauptsächlich weil er die Eisenbahnverträge nicht unterzeichnen wollte, die er als schädlich für das öffentliche Interesse erkannte. Im März 1878 übernahm er im ersten Kabinett Cairoli das wichtige Portefeuille des Innern. Ein Konflikt mit der Kammermehrheit, welche nach dem Morbanischlag Passanantes strenge Maßregeln forterte, führte schon im Dezember den Sturz des Kabinetts herbei. Zanarbelli zog sich für einige Zeit vom politischen Schauplatz zurück und widmete sich der absofutistischen Thätigkeit in Brescia. Im Mai 1881 wurde er als Nachfolger Villass Justizminister, trat jedoch 1883 zurück, als Depretis die Politik des Transformismus einleitete. Im April 1887 übernahm er neuerdings das Justizministerium als Nachfolger Tajanis und vollbrachte das

große Werk der Strafrechtsreform. Außerdem knüpfte sich an diese Zeit die Erinnerung an die Schaffung eines einheitlichen Kassationshofes für Strafsachen. Seit dem Sturze des Kabinetts Crispi wurde Zanarbelli stets unter den Männern genannt, welchen die Antivartschaft auf eine leitende Stelle im Kabinett zufland.

Mailand, 29. November. Diese Nacht fand beim Bahnhof Vimito, 11 Kilometer von Mailand, auf der Treviglio-Linie ein Zusammenstoß statt. Als einige Minuten vor Mitternacht der Zug Nr. 25 mit vermindelter Geschwindigkeit über den Bahnhof Vimito hinausfuhr, prallte er mit dem mit einer Verspätung von 45 Minuten von Verona kommenden Güterzuge Nr. 1122 heftig zusammen. Beide Lokomotiven wurden zertrümmert, zwei Wagen des Zuges 25 umgeworfen und zerquetscht. Der Postwagen wurde umgeworfen, blieb aber unversehrt. Ein einziger Wagen des Güterzuges wurde zertrümmert. Wäcker, Genbarmen, Feuerwehrleute der Gemeinde Pionello und das Bahnpersonal arbeiten an der Rettung der Verunglückten. Die Zahl der Todten ist noch nicht festgestellt. Bis heute früh 8 Uhr waren 13 Leiden unter den Trümmern hervor geholt. Der Quastor, Offiziere und Militärärzte begaben sich an den Ort des Unglücks. Umgefahr 20 Verwundete sind in die Krankenhäuser von Mailand verbracht worden. Man hält für die Ursache des Unglücks, daß der Zug 25 wegen des dichten Nebels nicht bemerkte, daß die Signalfarbe geschlossen war.

Spanien und Portugal.

Madrid, 24. November. Es ist festgesetzt, daß der in Perpignan verhaftete Anarchist am Morgen des an den letzten Aufschlag folgenden Tages von Barcelona abgereist ist. Wenn ausländische Anarchisten wurden von der Polizei zur französischen Grenze gebracht und den dortigen Behörden übergeben. Der Bürgermeister von Barcelona hat sich nach Madrid begeben, um von der Regierung weitere kräftige Unterstützung zur vollständigen Ausrottung des Anarchismus zu verlangen. Die Aufhebung anarchofischer Schlafwägen dauert fort und der Prozeß nimmt immer größeren Umfang an. Es heißt, daß der mit der Untersuchung betraute Richter über die Dinge, die dabei zu Tage kommen, geradezu erschreckt sei.

Von Teneriffa wird gemeldet, daß dort in den letzten 24 Stunden etwa 80 Erkrankungen an Cholera und 20 Todesfälle vorgekommen seien.

Madrid, 29. November. General Martinez Campos, welcher gestern in Melilla eintraf, wurde von der Armee und von der Bevölkerung lebhaft begrüßt.

Dänemark.

Man entfiht sich des Antheils der nach Siam kommandirten dänischen Marineoffiziere an den kriegerischen Maßnahmen gegen die Franzosen. Wie es heißt, war in dem „Frieden von Bangkok“ französischerseits die Entlassung dieser Offiziere verlangt, auf russische Vermittelung aber aus dem endgültigen Vertrage fortgelassen worden. Wie man indeß aus Kopenhagener Blättern erfährt, hat König Christian IX. jetzt den Ministern an dieser Offiziere, den Frhr. v. Dierckind-Holstfeldt aus den siamesischen Diensten in die Heimat zurückberufen; ähnliche Maßregeln werden auch nach und nach mit Bezug auf die übrigen Offiziere erwartet. Man wird sich wohl an der Angelegenheit „seinen Bers machen“ können.

Schweden und Norwegen.

In dem Programm der nordwestlichen Demokratie für die bevorstehenden Neuwahlen ist die Forderung des allgemeinen Stimmrechtes für Staats- und Gemeindegewahlen eine Neuierung und damit ein entscheidender Schritt weiter nach links. Die einschneidende Bestimmung des Proportional-systems für die Gemeindegewahlen wurde, den nordwestlichen Wählern zufolge, bei der Redaktion des Programmes nur gegen eine nicht unerhebliche radikale Widerberst durchgesetzt. Ein Zweifelspost, der noch nicht völlig beseitigt scheint. Diese Einschränkung soll aufhebend den bisher demokratischen Bauernstand bei der Fahne festhalten, während man durch den Hauptinhalt des Programms sich der Sozialdemokratie für sich zu gewinnen sucht. Ob man sich damit nicht zwischen zwei Stühlen fangen wird, bleibt abzuwarten. In Dänemark hat bei den vorjährigen Volksstehungenwahlen der Radikalsinn diese Erfahrung zu machen gehabt.

Großbritannien und Irland.

London, 27. November. Der zeitweilige Sieg der englischen Grubenarbeiter ist auf ihre schottischen Brüder nicht ohne Wirkung geblieben; sie sind überzeugt, auch sie könnten nun durchsetzen, was sie wollen, und haben daher von den Grubenbesitzern eine Lohnverhöhung von einem Schilling verlangt. Da die Grubenbesitzer wegen der sinkenden Kohlenpreise sich nicht im Stande sehen, dieser Forderung nachzugeben, sind die Arbeiter ausfindig. Ihre Zahl beläuft sich auf mehrere Tausende und wird sich täglich vergrößern, falls die Grubenbesitzer die Lohnverhöhung nicht bewilligen. Mehrere kleinere Grubenbesitzer haben dies auch schon gethan; die größeren aber halten zusammen. Der Ausfall hat schon jetzt eine nachtheilige Wirkung auf die schottischen Eisen- und Stahlhütten ausgeübt. Schottisches Eisen ist um 6 Pence gestiegen und weitere Preisverhöhungen werden erwartet. Eine Kohlenmeth ist selbst in diesem kurzen Zeitraum in Schottland eingetretten und viele Fabrikanlagen haben daher ihre Aufträge nach Cardiff und dem Dne vernehen. Jetzt verbrauchen die dortigen Kohlenhändler nur Vorräthe, die sich während des englischen Kohlenarbeiterausstandes angehäuft haben, und dazu kommt noch, daß der Eisenwarrath seit wenigstens zehn Jahren nicht so gering gewesen wie jetzt. In London nimmt der Kohlenwarrath aus den Wilmansgraiskainen täglich zu und der Zentner Kohle kostet heute nur 1 Sch. 4 P. im Vergleich mit 2 Sch. 1 P. vor 14 Tagen; so sind dem fast die normalen Winterpreise erreicht.

London, 28. November. Ueber die bereits telegraphisch gemeldete Entdeckung in der Alsborough-Kaserne in Dublin schreibt „Freemans Journal“: Das imponirende Gebäude bildet ein Wahrzeichen des alten Dublins und liegt in dem hübschen Theile der Stadt. Man fand eine verdrängte Zündbüchse, an der eine etwa 2 Fuß lange Antze befestigt war. Diese schien angezündet, aber wieder ausgelöscht worden zu sein. Die Büchse wog mit ihrer Füllung etwa 1 Pfund. Der Soldat, der den Fund entdeckte, übergab ihn seinem vorgesetzten Offizier, der ihn sofort unter-



